

Postulat Geflüchtete im Mittelmeer

Antrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über geeignete Gremien (beispielsweise Städte-Verband, direkte Gespräche etc.) beim Bund dafür einsetzen kann, dass dieser geflüchtete Menschen von den Schiffen im Mittelmeer aufnimmt. Aarau soll sich dabei in die Reihe von Städten wie Palermo, Berlin, Barcelona, Kiel, Amsterdam, Stockholm und Neapel stellen, um den geflüchteten Menschen Schutz zu bieten.

Begründung:

Das Versprechen Europas, die Menschenrechte einzuhalten, wird täglich gebrochen. Die aktuelle europäische Asylpolitik dient nicht mehr primär dem Schutz von Flüchtlingen, sondern vielmehr dem Schutz der Grenzen. Trotz anhaltender Konflikte in Ländern wie Syrien, Afghanistan, dem Südsudan, Myanmar oder Somalia und weltweit steigender Flüchtlingszahlen finden schon jetzt immer weniger Flüchtlinge in Europa Schutz. Schutzsuchende müssen aber Zugang haben zu einem fairen und rechtsstaatlichen Verfahren in Europa. Statt nationaler Alleingänge an den Grenzen und in den Häfen bedarf es einer solidarischen Aufnahme, bei der den Staaten an den südlichen Aussengrenzen nicht die alleinige Verantwortung für die Asylsuchenden zugeschoben wird.

Die dramatisch zugespitzte Situation im Mittelmeer erfordert unsere Solidarität und endlich wirksame Schritte, um Menschen aus Seenot zu retten und ihre Ausschiffung in den nächsten europäischen Hafen zu ermöglichen. Danach sollen sie in verschiedenen Staaten Aufnahme finden. Wenn selbst wohlhabende Nationen ihre Grenzen für Flüchtlinge verschliessen, werden andere Staaten diesem Beispiel folgen. Es soll eine verantwortungsvolle Politik der sicheren Fluchtrouten und offenen Häfen in Europa angestrebt und aktiv unterstützt werden.

Wie viele Menschen aus ihrem Heimatland fliehen, hängt nachweislich nicht mit der Grenzpolitik anderer Länder zusammen. Wenn wir die Migration wirksam reduzieren wollen, müssen wir bei Fluchtursachen wie Krieg, Armut, Ausbeutung und organisierter Kriminalität ansetzen. Das ist zwar schwieriger als Abschottungsrhetorik, aber auch deutlich nachhaltiger. Statt die Flüchtenden so zu verteilen, dass sie gut versorgt und integriert werden können, sammeln wir sie heute in den schwächsten, ärmsten Staaten des Mittelmeerraums, die selbst nicht mehr weit vom Kollaps entfernt sind. Wenn wir den türkischen Präsidenten kurdische Dörfer für SyrerInnen räumen lassen, wenn wir Ghaddafis ehemaligen Folterknechten die Kontrolle über libysche Flüchtlingslager überlassen, wenn wir verzweifelte Menschen der Naturgewalt des Mittelmeers aussetzen - dann handeln wir nicht nur unmoralisch. Wir verlieren auch jede Glaubwürdigkeit zum Thema Menschenrechte, fördern Autokraten und Kriminelle und destabilisieren damit zusätzliche Gebiete.

Leona Klopfenstein, SP
Lelia Hunziker, SP
Daniel Balmer, Grüne
Christoph Waldmeier, EVP